

Die Wiener Wohnungsnot.

Aus der Gemeinderatssitzung.

Der Wiener Gemeinderat hat sich gestern mit einer Kriegsfolge zu beschäftigen begonnen, der schon längst erhöhte Aufmerksamkeit hätte zugewendet werden sollen, mit der erschreckend wachsenden Wiener Wohnungsnot. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen sinkt so rasch, daß die Wohnungsnot noch während des Krieges empfindlich werden wird. Das ist nicht anders denkbar. Seit vierzig Monaten ist in Wien kein

einziges Miethaus gebaut worden und Hunderte von Büros sind entstanden und haben sich eingemietet. Hunderttausende Einwohner sind zugezogen, die Flüchtlinge vor allem, dann aber auch allerlei Geschäftsmacher, und viele Hunderte, wahrscheinlich Tausende von diesen haben indes so gute Geschäfte gemacht, daß sie sich zu „vergrößern“ begannen. Die neu heraufgekommene Bourgeoisie will breit wohnen. Kostenpunkt Nebensache. Sie haben's ja. Dazu kommt die Verschlechterung des Verkehrs mit den Wohnorten in Wiens weiterem Umkreis. Viele von denen, die schon zu Außenwohnern geworden waren, trieb der Krieg wieder in die Stadt zurück. Sie hatten nicht mehr die Nerven, draußen zu wohnen, wozu die Ernährungsschwierigkeiten in diesen Orten auch ihr Teil beitrugen. Normal wächst Wien jährlich um etwa 20.000 Einwohner und 2500 im Monat. In den vierzig Kriegsmonaten ist es also auf natürlichem Wege um 100.000 Köpfe gewachsen, die untergebracht sein wollen.

Gegen diese Erscheinungen sucht nun die Gemeinde Wien geeignete Mittel. Das einzig geeignete — rasch Wohnungen zu bauen — bleibt ihr aus vielen Gründen verschlossen, vor allem wegen des Mangels an vielen Baustoffen, dann aber wegen des hohen Preises aller Baustoffe. So werden Auswege gesucht. Diese hat Bizebürgermeister Rain nach einem Antrag des Gemeinderatsausschusses für städtische Wohnungsfürsorge in diesen Anträgen niedergelegt:

Vorkläufig werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Die Regierung ist aufzufordern, die U m w a n d l u n g b i s h e r W o h n z w e c k e n d i e n e n d e r R ä u m l i c h k e i t e n i n B ü r o s o d e r G e s c h ä f t s l o c a l e , g l e i c h g ü l t i g o b f ü r ö f f e n t l i c h e o d e r p r i v a t e Z w e c k e , n u r a u s t r i s t i g e n G r ü n d e n a u f A n t r a g d e s W o h n u n g s a m t e s z u g e s t a t t e n .
2. Die Vereinigung zweier oder mehrerer kleiner Wohnungen zu größeren Wohnungen hätte bis auf weiteres nur aus triftigen Gründen mit Bewilligung des Wohnungsamtes stattzufinden.
3. Die Verordnung über Mieterschutz wäre hinsichtlich des Kündigungsrechtes der Vermieter dahin abzuändern, daß die Kündigung gegenüber jenen Mietern freigegeben wird, die am 1. August 1914 ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in Wien hatten und bezüglich deren nicht die im Magistratsbericht angeführten ausnahmsweisen Rücksichten obwalten.
4. Die Regierung ist unter Hinweis auf den Ernst der Lage dringend zu ersuchen, die Rückbeförderung der Kriegsflüchtlinge in ihr Heimatskronland in beschleunigter Weise durchzuführen. Sollte sich diese Rückkehr nicht in ausgedehnterem Maße als bisher vollziehen, so wären einschneidende Maßnahmen hinsichtlich der von Kriegsflüchtlingen und Ausländern innegehaltenen Wohnungen unvermeidlich.
5. Hinsichtlich der eventuellen Verwendung von Geschäftslokalitäten zu Wohnungszwecken wird eine Entscheidung bis zum Vorliegen der bezüglichen Erhebung des Stadtbauamtes aufgeschoben.

An diese Anträge knüpfte sich eine längere Debatte, in deren Verlauf Neumann sagte, daß jedes Wort des Referenten zugleich eine Anklage gegen die Gemeinde selbst sei, die in früheren Jahren auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge alles vernachlässigt habe. Die Sozialdemokraten seien stets als Mahner aufgetreten. Erfolg war ihnen keiner beschieden. Mit der bloßen Stellung von Anträgen werde auch jetzt nichts erreicht werden. Neumann spricht sich gegen eine Durchbrechung der Mieterschutzverordnung aus. Heute zeige es sich übrigens, daß die Beschränkung auf Wohnungen bis zu einem Vierteljahreszins von 500 Kronen zu eng gefaßt war. Es seien auch zu wenig Ortschaften in die Mieterschutzverordnung einbezogen worden. In dem Moment des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft werde die Bevölkerung vor einer Katastrophe stehen. Weder die Rotunde noch die Straßenbahnremisen eignen sich zu Wohnungen, auch die Baracken werden zu dieser Zeit noch fürs Militär verwendet werden. Es wäre die Frage, ob die Gemeinde nicht jetzt schon leichte Wohnbaracken errichten könne. Die Frage sei mit Rücksicht auf das Fehlen des Materials eher mit nein zu beantworten. Die von den Flüchtlingen jetzt bewohnten Räume decken kaum den gegenwärtigen Bedarf. Es werde notwendig sein, daß der Wohnungsausschuß häufiger zusammentritt und sich mit der Frage der Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege eifrig beschäftigt.

Die Gemeinderäte Fischer, Dorn und Meier machten eine Reihe von Anregungen. Ulrich (Christlichsozial) verlangte, daß die Punkte 1 und 2 der Anträge vom 1. November an gelten sollen. Dieser Antrag wurde angenommen, dagegen ein Antrag Neumanns, den Punkt 3 fallen zu lassen, abgelehnt. Der Hinauswurf der Fremden wird also erfolgen — falls sie nicht die triftigen Gründe schaffen, also „bleiben“. Kriegsmüherer werden wir dadurch keine Los werden, wohl aber alle Fremden, die es nicht verstehen werden, die Hausherren zu bestimmen, sie nicht zu kündigen. Die Wohnungsnot wird dadurch natürlich nicht geringer werden.

Nach Erledigung einer Reihe anderer kleiner Geschäftsfälle wurde die Sitzung in später Stunde geschlossen.